

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ – Drucksache 19/26215 –

Stellungnahme der Bundesregierung

I.

Der Bundesregierung war es ein besonderes Anliegen, das 30. Jubiläum der Friedlichen Revolution und der Deutschen Einheit gebührend zu feiern, das Bewusstsein über das Erreichte zu stärken und die Verständigung über das zu fördern, was beim Zusammenwachsen von Ost und West noch verbessert werden kann.

Mit dem Ziel, der öffentlichen Debatte über das Miteinander der Bürgerinnen und Bürger aus Ost und West neue, praxisorientierte und zukunftsorientierte Impulse zu geben, hat die Bundesregierung am 3. April 2019 die „Kommission ‚30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit‘“ eingesetzt. Die Kommission setzte sich aus 22 Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Kunst, Kultur, Medien, Wirtschaft und Zivilgesellschaft zusammen und hatte den Auftrag, Empfehlungen zur Ausgestaltung des Jubiläumskonzepts der Bundesregierung zu machen und die Umsetzung zu begleiten.

Auf Empfehlung der Kommission wurden im Jubiläumsjahr unter dem Titel „Deutschland im Gespräch“ Begegnungs- und Dialogformate zwischen Bürgerinnen und Bürgern aus Ost und West realisiert und Veranstaltungen zur Würdigung von Meilensteinen auf dem Weg zur Deutschen Einheit sowie Maßnahmen zur Kommunikation des Jubiläumsjahres durchgeführt. Zu den Schwerpunktthemen der Kommissionsarbeit zählte darüber hinaus eine Auseinandersetzung mit Entwicklungen und Stimmungslagen in Deutschland, mit der Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen, der Erinnerungskultur, Erinnerungspolitik und nationalen Symbolen sowie mit Wirtschaft und Arbeit, Ehrenamt und bürgerschaftlichem Engagement in Ostdeutschland. Zur Unterstützung ihrer Arbeit hat die Kommission verschiedene Studien zum Forschungsstand und eine deskriptive Analyse zu aktuellen Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland („Deutschland-Monitor“) in Auftrag gegeben.

Die Kommission hat am 7. Dezember 2020 ihren Abschlussbericht vorgestellt. Er gibt einen Überblick zu den im Jubiläumsjahr durchgeführten Veranstaltungen und Kommunikationsmaßnahmen sowie den Ergebnissen der Kommissionsarbeit zu den oben genannten Schwerpunktthemen und den in Auftrag gegebenen Studien. Der Abschlussbericht enthält zudem Schlussfolgerungen und Handlungsempfehlungen, welche die Kommission aus ihrer Arbeit und dem Verlauf des Jubiläumsjahrs ableitet.

II.

Aufbauend auf ihrer Arbeit und den gewonnenen Erkenntnissen richtet die Kommission die folgenden Handlungsempfehlungen an die Bundesregierung:

Die Kommission empfiehlt die Einrichtung eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ in Ostdeutschland. Das Zukunftszentrum soll ein Ort der praxisorientierten Auseinandersetzung mit der Geschichte, vor allem aber der Zukunft von deutschen und europäischen Transformationsregionen sein und aus drei Säulen bestehen:

- einem wissenschaftlichen Institut, in dem eingebettet in ein Netzwerk bestehender nationaler und europäischer Einrichtungen zu Fragen der gesellschaftlichen Transformation mit besonderem Fokus auf die ostdeutsche Entwicklung und eine vorausschauende Strukturpolitik für Ostdeutschland anwendungsorientiert geforscht wird,
- einem Dialog- und Begegnungszentrum, in dem Bürgerinnen und Bürger zu Themen des gesellschaftlichen Zusammenhalts diskutieren, in Forschungsprozesse eingebunden werden und in dem neue Formate der politischen Bildung entwickelt werden sowie
- einem Kulturzentrum, das mit Ausstellungen vor Ort und mit Wanderausstellungen in ganz Deutschland Lebensleistungen für den Aufbau Ost würdigt und die Transformationsgeschichte darstellt.

Ohne dass sich die Kommission im Einzelnen auf die Aufgaben des Zentrums verständigt hat, könnten diese aus ihrer Sicht unter anderem auch die Durchführung und Unterstützung von Veranstaltungen, Konferenzen und Wirtschaftsforen, Programme für „Scientists and Artists in Residence“, die Förderung des Austausches zwischen Bürgerinnen und Bürgern in Ost und West, die Errichtung eines ostdeutschen Begabtenförderwerks, die Betreuung einer regelmäßigen demoskopischen Erhebung (Deutschland-Monitor) sowie die Organisation oder Durchführung von Preisverleihungen und die Vergabe von Stipendien umfassen.

Die Kommission schlägt vor, dass mit dem Aufbau des Zentrums im Jahr 2021 begonnen wird. Bis zum Jahr 2027 soll in einer ostdeutschen Stadt für das Zentrum ein Ort geschaffen werden, der auch in architektonischer Hinsicht die Lebensleistung der Ostdeutschen in den Transformationsprozessen der vergangenen Jahrzehnte würdigt. Ziel sei es, einen Ort zu schaffen, der mit breiter interdisziplinärer Kompetenz international anerkannt zu Fragen von gesellschaftlicher Transformation Antworten entwickle sowohl für Ostdeutschland als auch für die übergreifenden Herausforderungen komplexer Transformationsprozesse in Deutschland und Europa insgesamt.

Unter dem Titel „Demokratie stärken, Transformationserfahrungen nutzen“ schlägt die Kommission zur Stärkung der demokratischen Kultur und der demokratischen Institutionenordnung in Deutschland Maßnahmen vor, durch welche die Transformationserfahrungen der Ostdeutschen insgesamt stärker sichtbar werden. Die Kommission empfiehlt der Bundesregierung, eine Wiederholungsbefragung zu Stimmungslagen in Deutschland („Deutschland-Monitor“) zu etablieren und Maßnahmen zu ergreifen, um Verfolgte und Opfer aus der Zeit der Sowjetischen Besatzungszone und der DDR besser zu würdigen. Zur Verbesserung der Repräsentanz von Ostdeutschen in Führungspositionen sollen mit dem Thema befasste Forschungsvorhaben bis zum Jahr 2030 abgesichert werden, das Problembewusstsein zur Minderrepräsentation von Ostdeutschen in Politik, Verwaltung, Justiz, Bundeswehr, Medien, Wirtschaft und Gesellschaft unter anderem im Rahmen von Veröffentlichungen der Bundesregierung geschärft, Selbstverpflichtungen seitens der Bundesregierung, der Landesregierungen, der Kommunen und der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Medienanstalten eingegangen, unterstützende Netzwerke gestärkt und ein Begabtenförderungswerk Ostdeutschland aufgebaut werden. Die Kommission empfiehlt ferner eine dauerhafte Förderung und den Aufbau von Strukturen für Begegnungen zwischen Ost- und Westdeutschen sowie Maßnahmen zur Verstärkung von Rückkopplungen zwischen politischem System und Gesellschaft (Veranstaltungsformate des Dialogs und der Begegnung von Bürgerinnen und Bürgern mit Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen und Parlamenten).

In Ergänzung zu dem umfangreichen Maßnahmenpaket der Bundesregierung zur Umsetzung der Beschlüsse der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ schlägt die Kommission unter dem Titel „Strukturschwache Regionen stärken“ Maßnahmen vor, die speziell auf Ostdeutschland ausgerichtet werden sollen. Dazu zählen neben der Förderung der Sozialpartnerschaft und einer besseren internationalen Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft die Etablierung einer vorausschauenden Strukturpolitik, um in den neuen Ländern in Wachstumsmärkten und bei neuen technologischen Entwicklungen Wettbewerbsvorteile zur Erreichung eines „Vorsprungs Ost“ gegenüber anderen Regionen zu schaffen. Die Kommission empfiehlt darüber hinaus infrastrukt-

turelle und unternehmensbezogene Maßnahmen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Länder. Durch eine Verknüpfung der Infrastruktur-, Innovations-, Wohnungs- und Arbeitsmarktpolitik zu einer umfassenden Regional- und Strukturpolitik sollen Innovationskorridore zwischen größeren Städten und ländlichen Räumen entstehen, mit denen die Entwicklungschancen für ländliche Regionen verbessert werden. Um die Attraktivität der neuen Länder für Fachkräfte zu erhöhen und den sozialen Zusammenhalt zu stärken, empfiehlt die Kommission das Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit zu stärken. Zudem sollen die Ausstrahlungswirkung Berlins als Wachstumsmotor erhöht, Transformationserfahrungen der Ostdeutschen nutzbar gemacht, und mehr Transparenz bei der Ansiedelung von Bundeseinrichtungen hergestellt werden. Zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements empfiehlt die Kommission, Hürden für das Ehrenamt zu senken und das Ehrenamt in dünn besiedelten Regionen zu fördern sowie größere Anreize für Spenden, Stiftungen und Sponsoring und mehr Wahrnehmung der Repräsentation ostdeutscher Mitglieder in Spitzenpositionen der ostdeutschen Verbands- und Vereinslandschaft zu schaffen.

Schließlich betont die Kommission unter dem Titel „Die Symbole der Demokratie leuchten lassen“ den positiven Zusammenhang zwischen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und ihren historischen Farben Schwarz-Rot-Gold. Dieser Zusammenhang soll verstärkt in den Fokus demokratischer Erinnerungspolitik und staatspolitischer Aufklärungsarbeit gestellt werden. Dazu empfiehlt die Kommission der Bundesregierung, den „Tag der Deutschen Einheit“ weiterzuentwickeln, den 9. Oktober als „Tag der Demokratie“ zu würdigen, den 9. November als neuen „Nationalen Gedenktag“ zu etablieren, die Farben Schwarz-Rot-Gold als Farben der Demokratie verstärkt in den Fokus der Erinnerungspolitik zu stellen, Orte der Demokratie sichtbarer zu machen, einen Erinnerungsort zur Friedlichen Revolution zu schaffen, die Paulskirche als Lernort der Demokratie zu erweitern und eine breite Debatte über nationale Symbole zu führen.

III.

Die Bundesregierung dankt den Mitgliedern der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ und ihrem Vorsitzenden, Herrn Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D., für die engagierte und wertvolle Arbeit. Die Kommission hat dazu beigetragen, dass die Feierlichkeiten im Jubiläumsjahr trotz der schwierigen Umstände der Corona-Pandemie erfolgreich begangen werden konnten. Die verschiedenen Veranstaltungsformate haben Begegnung, Kunst und Dialog ermöglicht und verstärkt und somit sowohl das weitere Zusammenwachsen von Ost und West als auch die zukünftige Entwicklung Deutschlands und Europas befördert.

Die Bundesregierung sieht in dem Abschlussbericht der Kommission einen wichtigen Beitrag zur Bestandsaufnahme über die Transformationserfahrungen der Bürgerinnen und Bürger in den neuen Ländern sowie zur Sichtbarmachung der Leistungen in den vergangenen 30 Jahren und der bestehenden Disparitäten zwischen Ost- und Westdeutschland. Auch die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ hat die bestehenden Disparitäten in Deutschland zwischen Ost- und West, aber auch zwischen Nord und Süd, zwischen Stadt und Land und zwischen strukturstarken und strukturschwachen Regionen aufgezeigt und Vorschläge zur Stärkung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet gemacht und hierbei alle Aspekte der Daseinsvorsorge genauso wie gezielte Strukturverstärkungen einbezogen. Der Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ bereichert die notwendige politische und gesellschaftliche Debatte über den Transformationsprozess und zeigt bei allen Erfolgen der Wiedervereinigung, dass der Weg zu gleichwertigen Lebensverhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland eine Daueraufgabe ist. Die Bundesregierung wird sich vertieft mit den Erkenntnissen und den an sie gerichteten Handlungsempfehlungen der Kommission befassen und die Notwendigkeit sowie die Möglichkeiten zu deren Umsetzung im Rahmen der durch die geltenden Haushalts- und Finanzplanung zur Verfügung stehenden Mittel eingehend prüfen.

Die Handlungsempfehlungen, die der Abschlussbericht der Kommission unter den Titeln „Demokratie stärken, Transformationserfahrungen nutzen“, „Strukturschwache Regionen stärken“ und „die Symbole der Demokratie leuchten lassen“ enthält, werden den jeweils zuständigen Ressorts zur Prüfung und Stellungnahme bis zum 15. April 2021 zugewiesen.

Zu den Handlungsempfehlungen unter dem Titel „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ richtet die Bundesregierung eine Arbeitsgruppe aus acht Personen ein, die unabhängig und beratend tätig ist. Sie wird gemeinsam geleitet durch Herrn Ministerpräsident a. D. Matthias Platzeck und Herrn MdB Marco Wanderwitz, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für die neuen Bundesländer. Zur Unterstützung der Arbeitsgruppe werden das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zudem um Stellungnahmen bis zum 15. April 2021 zu folgenden Themen

gebeten: bestehende Forschungslandschaft zu Fragen der gesellschaftlichen Transformation (BMBF); bestehende Einrichtungen zu Fragen der Aufarbeitung und Erinnerung insbesondere an den Aufbau Ost und die Transformationsgeschichte (BKM).

Zusätzlich richtet die Bundesregierung eine Lenkungsgruppe unter Leitung des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat ein, deren Mitglieder die Vorsitzenden der Arbeitsgruppe und Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bundeskanzleramt, dem Bundesministerium der Finanzen, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie der Beauftragten für Kultur und Medien sind. Die Lenkungsgruppe dient der Begleitung und Unterstützung der Arbeitsgruppe über den gesamten Prozess der Beratungen der Arbeitsgruppe zu den Handlungsempfehlungen.

Die Arbeitsgruppe soll bis 30. Juni 2021 ein detailliertes Konzept eines „Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ erstellen.

Das Konzept soll Empfehlungen

- zu den Aufgaben des Zentrums,
- zu dessen Abgrenzung zu sowie Vernetzung mit bereits bestehenden Einrichtungen,
- zu Organisation und Arbeitsweise des Zentrums,
- zur Personalausstattung,
- zu den erwarteten Investitionskosten und laufenden Kosten sowie
- zu den Kriterien für die Standortwahl

enthalten.

Mit dem Zentrum könnte ein Ort mit breiter interdisziplinärer Kompetenz sowohl zu nationalen als auch europäischen Fragen zu Transformationsprozessen, ihren Auswirkungen auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zustimmung zu einer offenen und demokratischen Gesellschaftsordnung entstehen. Die Bundesregierung bittet die Arbeitsgruppe, die spezifischen Strukturprozesse in Ostdeutschland in den Gesamtkontext für ganz Deutschland zu stellen, wie sie von der Bundesregierung zur Umsetzung der Ergebnisse der Kommission Gleichwertige Lebensverhältnisse beschlossen wurden. Zudem soll sie bei der Entwicklung des Konzeptes, Fragen der Transformation in Europa, insbesondere in den mittelosteuropäischen Ländern, und damit verbundene Auswirkungen auf den Zusammenhalt in der Europäischen Union einen angemessenen Raum bekommen.

Die Bundesregierung bittet die Arbeitsgruppe ferner – wenn thematische Berührungspunkte bestehen – die Stellungnahmen der Bundesressorts zu den weiteren Handlungsempfehlungen der Kommission bei der Ausgestaltung des Konzeptes für das Zukunftszentrum zu berücksichtigen. Die Lenkungsgruppe wird der Arbeitsgruppe einen Bericht zu den Stellungnahmen bis zum 30. April 2021 zur Verfügung stellen. Die Arbeitsgruppe kann zudem die Lenkungsgruppe bitten, Expertise aus den Bundesressorts für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen wie auch auf die Expertise Dritter zurückzugreifen.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe und einen Bericht zu den Stellungnahmen der Ressorts werden dem Kabinett spätestens bis Mitte Juli 2021 vorgelegt.

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat koordiniert die Arbeit der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ und die Prüfung der weiteren Handlungsempfehlungen innerhalb der Bundesregierung. Das Bundeskanzleramt hat in der Arbeitsgruppe einen Beobachterstatus. Die organisatorische Unterstützung der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“ wird durch die im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat bestehende „Geschäftsstelle 30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ wahrgenommen. Zur Umsetzung dieser Folgemaßnahme der Arbeit der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ wird von einem Mittelbedarf in Höhe von insgesamt 1,5 Mio. Euro für das Jahr 2021 ausgegangen, der aus der Inanspruchnahme von Ausgaberechten des Haushaltsjahres 2020 bei Kap. 0601 Titel 53249 gedeckt werden soll.

Mitglieder der Arbeitsgruppe „Zukunftszentrum für Europäische Transformation und Deutsche Einheit“:

Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D. (Vorsitzender)

Marco Wanderwitz, MdB, Parlamentarischer Staatssekretär (Vorsitz)

Katrin Budde, MdB, Ministerin a. D.

Dr. Thomas de Maizière, MdB, Bundesminister a. D.

Prof. Raj Kollmorgen
Prof. Astrid Lorenz
Prof. Gwendolyn Sasse
Basil Kerski

Lenkungsgruppe:

St BMI (Leitung)
St BMF
St BMBF
PSt BMFSFJ
LB BKM
StM BK
Matthias Platzeck, Ministerpräsident a. D.

Marco Wanderwitz, MdB
Parlamentarischer Staatssekretär

Zuweisung der Handlungsempfehlungen aus dem Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“:

	Empfehlung	Ressortzuständigkeit Fett = Federführung
<i>Demokratie stärken, Transformationserfahrungen nutzen</i>		
1	„Deutschland-Monitor“	BMWi BMI, BK-Amt, BMFSFJ, BMEL
2	Verbesserung der gesundheitlichen und sozialen Situation der Verfolgten und Opfer aus der Zeit von SBZ und DDR	BMAS BMJV, BMF
3	Bessere psychologische Betreuung der Opfer	BMG BMAS
4	Erleichterung der Anerkennung von verfolgungsbedingten Gesundheitsschäden durch eine Regelvermutung	BMAS BMJV
5	Errichtung des geplanten zentralen Denkmals für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft	BKM
6	Verstärkte Erinnerungsarbeit im Rahmen des Gedenktages 17. Juni	BMI BK-Amt
7	Verankerung der ostdeutschen Transformationserfahrung im öffentlichen Bewusstsein	BMWi BMI, BKM, BMFSFJ
8	Problembewusstsein für Minderrepräsentation von Ostdeutschen in gesellschaftlichen Führungspositionen	BMWi, BMFSFJ, BMBF
9	Selbstverpflichtung für mehr Repräsentation von Ostdeutschen	BMWi, BMI, alle Ressorts
10	Erhöhung der Sichtbarkeit Ostdeutschlands in öffentlich-rechtlichen Medienproduktionen	BKM
11	Selbstverpflichtung der zentralen öff.-rechtl. Rundfunkanstalten zur Erhöhung des Anteils von Ostdeutschen unter ihren Führungskräften	BKM
12	Darstellung der Entwicklung der Repräsentanz Ostdeutscher in Führungspositionen in den Jahresberichten der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit	BMWi
13	Einrichtung eines Begabtenförderungswerk Ostdeutschland	BMBF
14	Verstetigung der „Bürgerdialoge“	BMI Alle Ressorts

	Empfehlung	Ressortzuständigkeit Fett = Federführung
<i>Strukturschwache Regionen stärken</i>		
15	Stärkung der Sozialpartnerschaft unter Maßgabe der Tarifautonomie	BMAS BMW i
16	Vernetzung der ostdeutschen Wirtschaft mit den Wachstumsmärkten stärken	BMW i
17	Vorausschauende Strukturpolitik i. S. v. „Vorsprung Ost“	BMW i BK-Amt
18	Stärkere regionale und überregionale Verflechtung ostdeutscher Regionen	BMW i BMEL
19	Attraktive Präsentation der ostdeutschen Regionen für internationale Unternehmen	BMW i
20	Stärkung der Verkehrsinfrastruktur in Richtung Polen und Tschechischer Republik	BMVI BMW i, BMI
21	Weitere Verbesserungen für Start-ups	BMW i BMF, BMEL
22	Schließung der „Breitbandlücke Ost“	BMVI BMI, BMEL
23	Verstärkung des nationalen und internationalen Tourismusmarketings für ostdeutsche Reiseregionen	BMW i BMEL
24	Aufbau starker Strukturen der grenzregionalen Zusammenarbeit ostdeutscher Regionen	BMI BMW i
25	Entwicklung von „Innovationskorridoren“, ausstrahlend von Metropolregionen in die ländlichen Gebiete	BMI BMW i, BMEL
26	Stärkung des Engagements gegen Fremdenfeindlichkeit	BMFSFJ BMI, BMF
27	Erhöhung der Ausstrahlungswirkung Berlins	BMW i BMF, BMBF, BMVI, BMI
28	Transformationserfahrungen nutzbar machen	BMW i BMF
29	Gleichmäßige Verteilung von Bundeseinrichtungen	BMI BMW i, Alle Ressorts
30	Darstellung der Arbeit der im BMI angesiedelten Clearing-Stelle für die Dezentralisierungsstrategie in den Jahresberichten der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit	BMW i BMI

	Empfehlung	Ressortzuständigkeit Fett = Federführung
31	Senkung der Hürden für das Ehrenamt	BMI BMFSFJ, BMEL, BMF
32	Intensivierung der Förderung des Ehrenamtes in dünn besiedelten Regionen	BMI BMFSFJ, BMEL, BMF
33	Größere Anreize für Spenden, Stiftungen und Sponsoring schaffen	BMF
		BMJV (Stiftungen)
34	Mehr Wahrnehmung schaffen (Ostdeutsche Mitglieder in Spitzenpositionen der deutschen Verbands- und Vereinslandschaft)	BMFSFJ BMF
<i>Die Symbole der Demokratie leuchten lassen</i>		
35	Beibehaltung des Prinzips, dass das Vorsitzland im Bundesrat den 3. Oktober ausrichtet	BMI
36	Verbindung des 3. Oktobers mit mehrwöchigen Ausstellungen und digitalen Angeboten	BPA BMI
37	Verbindung des 3. Oktobers mit Bürgerdialogen	BPA Alle Ressorts
38	Finanzielle Hilfen für Klassenfahrten zum Ort der zentralen Feierlichkeiten zum 3. Oktober	BPA
39	Zusätzliches dezentrales, flächendeckendes Veranstaltungskonzept für den 3. Oktober; hierzu Pilotprojekt von Bund und Ländern noch 2021	BPA BMI
40	Anstrahlen öffentlicher Gebäude in den Farben der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union um den 3. Oktober	BPA
41	Fortsetzung und Verstetigung der Förderung des Projekts „Deutschland singt“	BKM
42	Kostenfreier Eintritt in Museen und Gedenkstätten am 3. Oktober	BKM BPA
43	Nach Möglichkeit am 3. Oktober in Museen und Gedenkstätten Programmbezug zum 3. Oktober	BKM BPA
44	Besondere Betonung der zivilgesellschaftlichen Komponente am 3. Oktober	BPA BMI
45	Stärkere öffentliche Würdigung des 9. Oktobers (Demonstration mit gewaltfreiem Verlauf am 9.10.89 in Leipzig als Meilenstein der Friedlichen Revolution)	BMI BK-Amt

	Empfehlung	Ressortzuständigkeit Fett = Federführung
46	9. November als Nationaler Gedenktag, in seiner historischen Ambivalenz	BMI BK-Amt
47	Kostenlose (oder ermäßigte) Beförderung in öffentlichen Verkehrsmitteln am 3. Oktober für alle, die erkennbar die Nationalfarben tragen	BMVI BKM, BPA
48	Beflaggung bzw. Anbringen der Nationalfarben an allen öffentlichen Gebäuden zwischen dem 3. und 9. Oktober	BMI BK-Amt
49	Grundgesetz und Nationalflagge als Schulentlassgabe für alle Schülerinnen und Schüler	Länderzuständigkeit
50	Schaffung eines „Netzwerkes Freiheit und Demokratie“ von Orten mit besonderem Bezug zu deutschen Freiheits- und Demokratiegeschichte	BKM BMFSFJ
51	Schaffung eines Erinnerungsortes zur Friedlichen Revolution	BKM BMI
52	Gestaltung der Frankfurter Paulskirche als „Lernort der Demokratie“	BKM BMI

